

## CDU nahm verbotene Spende aus Aserbaidschan an

von Inga Janovic

Affäre Bundestag behält die 28 000 Euro, verlangt aber keine Strafe

2012 überwies der aserbaidschanischen Staatskonzern SOCAR 28 000 Euro an die Frankfurter CDU. Die hätte das Geld aus dem Ausland aber niemals annehmen dürfen.

**Frankfurt.** Zumindest die Sorge, die der unabhängige Oberbürgermeister-Kandidat Volker Stein gestern schnell herauschrieb, ist unbegründet: Seine CDU-Konkurrentin Bernadette Weyland kann ihren Wahlkampf nicht mit Geld aus Aserbaidschan finanzieren, denn die umstrittenen 28 000 Euro, die vor knapp sechs Jahren in der Spendenkasse der Frankfurter CDU gelandet waren, liegen lange schon bei der Bundestagsverwaltung in Berlin.

Trotzdem musste sich die Parteiführung vom Main gestern in viele Richtungen erklären, weil ein Recherche-Team von ARD, Süddeutscher Zeitung und [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de) den Fall nun öffentlich gemacht hat. Anlass war eine Entscheidung, für die die Bundestagsverwaltung fünf Jahre Zeit gebraucht hatte: Demnach hat die Frankfurter CDU im Jahr 2012 zu Unrecht eine Spende über 28 000 Euro von der deutschen Repräsentanz des staatlichen Energiekonzerns Aserbaidschans, SOCAR, angenommen. Das Parteiengesetz verbietet Spenden aus dem nichteuropäischen Ausland. Strafzahlungen werden allerdings keine verhängt, weil die Partei die Zahlung selbst bei der zuständigen Bundestagsverwaltung gemeldet hatte.



Dass sich die halbe Republik trotzdem echauffert, sich mancher gar an die CDU-Spendenaffäre aus Kohl-Zeiten erinnert fühlt, kann der aktuelle Parteivorsitzende Jan Schneider nicht nachvollziehen: „Die Bundestagsverwaltung hat doch bestätigt, dass wir mit dieser Spende offen und korrekt umgegangen sind“, sagt Schneider, der 2012 noch nicht im Amt war. Sein Vorgänger, Stadtkämmerer Uwe Becker, verwies gestern auf die offizielle Stellungnahme der Partei.

### Absender nicht erkannt

Man habe die Zahlung anfangs nicht als Auslandsspende erkannt: Geflossen sei das Geld von einem deutschen Bankkonto, Absender sei eine deutsche Firmenadresse gewesen – der deutsche Arm der SOCAR hat seinen Sitz an der Taubenstraße in der City. Die Frage, ob die Finanzspritze fragwürdig sein könnte, weil Staatschef Ilham Alijew sein Land wenig demokratisch führt, spielte im Lauf der Ereignisse anscheinend keine große Rolle. Auch nicht, als bei einer Prüfung des Rechenschaftsberichts in der Berliner CDU-Zentrale Zweifel auftauchten – wie vorgeschrieben schaltete man die Bundestagsverwaltung ein.

Die prüfte ein Jahr lang, stellte dann fest, dass SOCAR hier nur eine Repräsentanz unterhält und die Zahlung deshalb als – unzulässige – Auslandsspende einzustufen ist. Postwendend schickten die Frankfurter 2013 das schöne Geld nach Berlin. Offen blieb lange, ob die Bundestagsverwaltung noch Strafzahlungen einfordern würde. Vorgestern kam der „Freispruch“.

### Keine Erinnerungen

Bleibt die Frage, was die Partei und der aserbaidschanische Erdgaslieferant jemals verbunden hat. Gegenüber dem Recherche-Team hatte Eugen Mamedov, Deutschland-Chef von SOCAR, erklärt, dass „der Austausch auch mit politischen Funktionsträgern vor dem Hintergrund der geopolitischen Bedeutung Aserbaidschans und SOCARs wichtig“ sei. Zudem spende sein Unternehmen nicht nur an Parteien, sondern auch an Kultur- und Sportvereine. Tatsächlich hat SOCAR in der Vergangenheit reichlich Geld in der Republik verteilt, Bundestagsabgeordnete zu großzügigen Reisen nach Aserbaidschan eingeladen. Für diese Zeitung war Mamedov gestern nicht zu erreichen, bei der CDU will sich keiner an die damaligen Umstände erinnern.

Ein wenig lässt sich erahnen: SOCAR hat regelmäßig einen großen Auftritt beim Weltwirtschaftsforum in Davos, wo sich auch die Stadt Frankfurt präsentiert. Ein weiteres Zusammentreffen zwischen der Frankfurter CDU und SOCAR ist auf der Internetseite des Konzerns dokumentiert: Bei der zweiten Auflage des „Deutschen Pianistenpreises“ im Jahr 2012 hatte die damalige Oberbürgermeisterin Petra Roth die Schirmherrschaft inne, SOCAR trat als Sponsor auf. Im Herbst des gleichen Jahres trafen sich Pipeline-Konsortien, Unternehmen aus der Gasbranche, Beamte der Europäischen Union, Regierungsvertreter, Finanz- und Industrie-Analysten sowie Investoren und Finanzinstitute zum „Frankfurt Gas Forum“ am Main.

Artikel vom 27.10.2017, 03:30 Uhr (letzte Änderung 27.10.2017, 03:30 Uhr)

Artikel: <http://www.fnp.de/lokales/frankfurt/CDU-nahm-verbotene-Spende-aus-Aserbaidschan-an;art675,2808072>

© 2017 Frankfurter Neue Presse